



Mahnbrief des Landesverbandes an den Ministerpräsidenten, den Verkehrsminister und die Bundestagsabgeordneten im Land Sachsen-Anhalt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

alles, was uns als EVG verkehrspolitisch „unter den Nägeln brennt“, ist in diesem Brief nachzulesen. Im Arbeitskreis Verkehr der Bundesländer Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ist die Idee dazu entstanden. Somit haben alle Bundestagsabgeordnete, die Verkehrsminister und Ministerpräsidenten in den aufgeführten Ländern einen Mahnbrief erhalten. Wir hoffen natürlich auf eine entsprechende Wirkung, auf Reaktionen und natürlich auch auf Gespräche.

Wir tun aber noch mehr!

Ob am 1. Mai, oder bei anderen Gelegenheiten – die EVG kämpft für den Erhalt der Arbeitsplätze bei der Bahn. So hat unser Magdeburger Geschäftsstellenleiter, Kollege Jürgen Geidies, am 19.05.2016 ein Inter-



view im MDR Fernsehen zu den aktuell brisanten Themen gegeben – speziell zu DB Cargo.

Demo am 8. Juni vor dem Bahntower!

Mehr Güter auf die Schiene

Das fordern wir!

Deswegen findet dazu am 8. Juni um 09:00 Uhr eine Demo vor dem Berliner Bahntower statt.

Wer will mitkommen?

Meldet Euch bitte in den EVG Geschäftsstellen in Magdeburg oder Halle. Für die (Bahn)-Fahrkosten gibt es eine Lösung und für Verpflegung wird gesorgt werden.

Wir hoffen auf eine rege Teilnahme – denn es geht um unsere Arbeitsplätze!



Anbei der vollständige (Mahn)-Brief unseres Landesverbandes an den Ministerpräsidenten. Alle wichtigen aktuellen politischen Themen sind hier angesprochen und sollten die Grundlage unserer zukünftigen Argumentationen in allen Gesprächen sein.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Herr Dr. Haseloff,

erfreut haben wir Ihre erneute Wiederwahl zum Ministerpräsidenten unseres Landes Sachsen-Anhalt zur Kenntnis genommen. Verspricht dies doch eine gewisse politische Kontinuität für unser Land. Wir gratulieren Ihnen ganz herzlich und freuen uns auf eine weitere konstruktive Zusammenarbeit mit Ihnen und der neuen Landesregierung.

Gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode möchten wir uns aber auch gleich als die Fachgewerkschaft für den Eisenbahnverkehr mit allen im Verkehrsmarkt „angehängten“ Dienstleistungen mit beiliegenden Mahnruf an Sie wenden, weil wir befürchten, dass vor dem Hintergrund von Kostendruck und Einsparwut Entscheidungen in der Bundespolitik vorbereitet werden, welche – gemessen an den Herausforderungen des Verkehrsmarktes der Zukunft – völlig kontraproduktiv sind, ja für uns und die Kolleginnen und Kollegen Eisenbahner als wahnwitzig erscheinen!

Diesen Mahnruf senden wir nicht nur Ihnen als unserem „Landesvater von Sachsen-Anhalt“ zu – diesen Mahnruf erhalten auch alle Bundestagsabgeordneten unseres Landes. Und sogar weitergehend haben wir uns mit allen EVG Landesverbänden der neuen Bundesländer abgestimmt, dass diese auch an „ihre“ Bundestagsabgeordneten herantreten, um auf die prekäre Zukunftsstrategie der Schiene aufmerksam zu machen!

Alle diejenigen, welche die Entwicklungen bei Klima und Umwelt nur einigermaßen ernst nehmen und mit wachem Auge verfolgen, stimmen überein, dass es in der Verkehrspolitik dringend ein Umsteuern braucht. Auch die Bundesregierung hat anerkannt, dass eine maßgebliche Reduzierung des Ausstoßes klimaschädlicher Treibhausgase unumgänglich ist, um die notwendige Begrenzung der Erderwärmung zu erreichen und die entsprechenden Zielmarken nicht aus den Augen zu verlieren. Es geht dabei um nichts Geringeres als den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen für die nach uns kommenden Generationen... und damit um unser aller, vor allem und insbesondere aber auch Ihre ganz persönliche Verantwortung. Denn die praktische Politik wird diesen Ansprüchen bisher und auch aktuell leider in keiner Weise gerecht, denn

- *der für die nächsten 15 Jahre maßgebliche Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes als politische Leitlinie für die zukünftige Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen im Mobilitätsbereich setzt fatal falsche Schwerpunkte in seiner primären Fixierung auf das Straßennetz*



- die längst überfällige Einführung einer verursachergerechten Kostenanlastung der einzelnen Verkehrsträger und die Schaffung gerechter Wettbewerbsbedingungen hinsichtlich der Steuer- und Abgabenbelastung im Verkehrssektor sind weiterhin nicht erkennbar
- die Ausstattung der neuen Bundesländer mit Regionalisierungsmitteln soll unterhalb des expertenseitig festgestellten Bedarfes verbleiben, wofür jegliches Verständnis fehlt!

Im Ergebnis dessen droht – statt dem dringend notwendigen Ausbau – ein fortwährendes Siechtum im Schienenverkehr mit unabsehbaren Folgen, zumindest abseits der gern vorgezeigten Mammut- und Prestigeobjekte.

Im Schienengüterverkehr droht eine neue „Offensive“ des DB-Konzerns zur Auffassung von Güterverkehrsstellen und ein weiterer Rückzug nicht nur aus der Fläche. Damit einher geht eine schon fatal zu nennende, renditedruckbegründete Aufgabe des Selbstanspruches des DB-Managements, als umfassender Mobilitätsdienstleister flächenpräsent zu sein, wofür auch der Eigentümer Bund eine gehörige Mitverantwortung trägt.

Im Bereich des Schienenpersonenfernverkehrs gibt es, neben beinahe fassungslos machenden Rückzugsbestrebungen (Stichwort Nachtzugverkehre), erfreulicherweise auch Tendenzen zur Wiederbelebung einstiger Angebote. Allerdings drohen diese (zumindest teilweise) allein daran zu scheitern, dass der Bund nicht gewillt ist, die dafür notwendigen Voraussetzungen zu gewährleisten. Beispielhaft genannt sei hier das Schließen der bestehenden Elektrifizierungslücke auf der Mitte-Deutschland-Verbindung durch eine entsprechende Priorisierung im Bundesverkehrswegeplan, von welcher die DB die Rückkehr des Fernverkehrsangebotes abhängig macht.

Auch im Schienenpersonennahverkehr gibt es Probleme. Durch die Weigerung des Bundesfinanzministers, den auf der Basis fachlicher Gutachten ermittelten Gesamtvolumen an Regionalisierungsmitteln nicht zur Auszahlung zu bringen, kann es in Folge in Anwendung des durch die Länder vereinbarten Verteilungsschlüssels zu massiven Leistungsabbestellungen in unserem Bundesland zu führen. Dieses hat dann unabsehbare Folgen für den gesamten Öffentlichen Personennahverkehr, und damit natürlich auch auf die Arbeitsplätze in der gesamten Eisenbahnbranche.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
wir schreiben wahrlich nicht ohne Grund solche Briefe und wir übertreiben nicht. Es ist wirklich „Gefahr im Verzug“! Dabei ist klar: Wir fühlen uns als EVG primär den Perspektiven, aber auch den Ängsten und Sorgen

für unsere Kolleginnen und Kollegen verpflichtet. Aber längst nicht nur dem!

Es geht uns auch ganz konkret um die Zukunftsfähigkeit dieses Landes und der Gesellschaft insgesamt! Wenn wir auf die brennenden Waldflächen in Kanada schauen, auf die schmelzenden Gletscher in den Alpen, auf die Smogalarme in Peking, Mailand und Stuttgart, wenn wir uns vor Augen halten, dass die nächsten großen Flüchtlingsbewegungen sich aus den Folgen des Klimawandels ergeben werden, wenn wir wissen, dass die Zeit zum Umsteuern, um diese Entwicklungen noch abzuwenden, sehr begrenzt ist, dann dürfen WIR ALLE nicht hinnehmen, dass sich verantwortliche Verkehrspolitik in unserer Republik unverantwortlich verhält!

In diesem Sinne bitten wir Sie, diesen Mahnruf als eben solchen zu verstehen und als Handlungsauftrag zu begreifen. Konkret geht es aus unserer Sicht darum, dass Sie als Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt im Rahmen Ihrer Kompetenz

- Einfluss auf die Bundespolitik nehmen, für eine (Wieder-)Aufstockung der Regionalisierungsmittel entsprechend der abgestimmten Positionierung der Landesverkehrsminister vom Sommer 2015, um die absehbaren Einschnitte durch die Maßgabe des Bundesfinanzministers vom 24.09.2015 abzuwenden
- Forderungen für eine stärkere Orientierung und Priorisierung des Bundesverkehrswegeplanes auf Schienenprojekte geltend machen
- uns zu unterstützen, und Druck auf den DB-Konzern über die Vertreter des Eigentümers im Aufsichtsrat auszuüben, um die dortige Rückzugsstrategie im Gütertransportbereich abzuwenden
- uns zu unterstützen, um eine andere Steuer- und Finanzpolitik des Bundes zu bewirken, welche zu einer verursachergerechten Kostenanlastung führt, die ökologischen Verkehrsträger stärkt und nicht belastet, sowie den Renditedruck auf den DB-Konzern senkt, welcher zunehmend im Sinne des gesamtgesellschaftlichen Interesses kontraproduktive unternehmerische Maßnahmen auslöst und letztendlich auch massiven Druck auf die Beschäftigten ausübt.

Wir sind nicht nur bereit, sondern haben auch größtes Interesse daran, diese Thematik nicht nur mit dem Minister für Landesentwicklung und Verkehr, Herrn Webel, sondern auch mit Ihnen direkt zu besprechen. Wir stehen für entsprechende Kontaktaufnahmen Ihrerseits gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Posner
Vorsitzender des Landesverbandes

Jürgen Geidies
Leiter Geschäftsstelle Magdeburg